

## KAPITALISMUS

# Ist Wachstum nur für Ungleichheit zu haben?

**Der Abstand zwischen Reich und Arm ist größer geworden. Mark Schieritz erklärt, wer wirklich dafür verantwortlich ist**

Für die Reichen ist es gut gelaufen. Seit Jahrzehnten steigen ihre Einkünfte, und ihre Aktienportfolios gewinnen an Wert. Wenn ein Amerikaner in den siebziger Jahren ein Vermögen von 75 Millionen Dollar hatte, schaffte er es damit auf die Liste der 400 reichsten Menschen des Landes, die das Magazin Forbes jedes Jahr zusammenstellt. 2007 benötigte man dafür mehr als eine Milliarde Dollar.

Weniger gut ist es für die Ärmern gelaufen. Der Jahreslohn eines mittleren, männlichen amerikanischen Arbeiters lag zuletzt bei 45.113 Dollar. Bereinigt um die Inflation, ist das sogar etwas weniger als in den siebziger Jahren. Damals hat so ein mittlerer Arbeiter 45.879 Dollar verdient.

Macht der Kapitalismus die Reichen also reicher und die Armen ärmer – statt wie versprochen Wohlstand für alle zu schaffen?

Die Entwicklung in den vergangenen 30 Jahren legt diesen Schluss nahe. Denn nicht nur in den USA, sondern auch anderswo öffnete sich die Schere zwischen Arm und Reich. In Deutschland sanken die durchschnittlichen Reallöhne selbst in den Aufschwungjahren 2004 bis 2008, dafür sprudelten die Gewinne der Unternehmen und die Renditen ihrer Kapitalgeber nur so. In Großbritannien kassierten die Investmentstars der Londoner City immer höhere Bonuszahlungen, während die Löhne für die breite Bevölkerung stagnierten.

In den Schwellenländern ging zwar die Armut absolut gesehen zurück, aber die sozialen Unterschiede wuchsen dramatisch. Zu den Verlierern gehören zumeist die einfachen Arbeitnehmer und zu den Gewinnern die Couponschneider. In China etwa entfiel vor zehn Jahren die Hälfte der Wirtschaftsleistung auf Löhne und Gehälter – zuletzt waren es nur noch 40 Prozent. In Indien profitierten vor allem die oberen Einkommenschichten von den Wirtschaftsreformen der neunziger Jahre. "Die Ungleichheit", schrieb kürzlich der Internationale Währungsfonds, "ist mit Ausnahme der ärmsten Länder in allen Staaten gestiegen."

Das war aber nicht immer so. Es gab Phasen im Kapitalismus, in denen die Einkommensunterschiede in der Bevölkerung ganz im Gegenteil eingeebnet wurden. So ging die Ungleichheit zwischen 1930 bis 1970 in den westlichen Industriestaaten erheblich zurück. Im Jahr 1928 strichen die Superreichen in den USA über fünf Prozent des Volkseinkommens ein, in den siebziger Jahren bekamen sie noch etwa ein Prozent ab. Erst in den vergangenen Jahren ist dieser Anteil wieder gestiegen, wie die nebenstehende Grafik zeigt.

Diese Phase der Einebnung war eine Zeit, in der mächtige Gewerkschaften hohe Löhne durchsetzen konnten. Sie sorgten dafür, dass die einfachen Arbeitnehmer einen größeren Teil der erwirtschafteten Leistung abbekamen. Für mehr Gleichheit sorgte auch der Staat, der die Einkommen kräftig umverteilte. Die Regierungen gewährten ihren Bürgern großzügige Sozialleistungen und knöpften den Reichen dafür einen großen Teil ihres Einkommens ab. In Großbritannien lag der Spitzensteuersatz in den späten siebziger Jahren bei happigen 83 Prozent – das ist mehr als doppelt so hoch wie heute. Der Staat investierte in Bildung und finanzierte auch Arbeiterkindern den Zugang zur Universität. Und: An den Finanzmärkten gab es nicht viel zu holen. Der internationale Kapitalverkehr war streng reguliert. Banker verdienten kaum mehr als Ingenieure.

Ende der siebziger Jahre geriet dieses System aber an seine Grenzen. Die Gewerkschaften verloren jedes Maß bei den Lohnabschlüssen und setzten eine Inflationsspirale in Gang. Streiks legten die Wirtschaft lahm. Manchmal waren die Sozialleistungen so üppig, dass es sich kaum mehr lohnte, eine Arbeit aufzunehmen. Das internationale Währungssystem kollabierte. Die Kehrtwende ließ nicht lange auf sich warten. Vorbereitet wurde sie von einer neuen Generation liberaler Ökonomen an der Universität Chicago. Eine Abkehr von der "verführerischen und giftigen" Neigung, sich auf Verteilungsfragen zu konzentrieren, forderte einer von ihnen, der spätere Nobelpreisträger Robert Lucas.

Umverteilung, strenge Regeln für die Märkte und hohe Steuern, so argumentierten Lucas und seine Mitstreiter, lähmten die Wirtschaft. Wer einen großen Teil seines Einkommens abgeben müsse oder sich auf staatliche Stütze verlassen könne, der habe weniger Anreize, zu arbeiten und in seine Ausbildung zu investieren.

Ungleichheit zuzulassen ist in dieser Sicht die Voraussetzung für Wachstum und Wohlstand. Von einer dynamischen Wirtschaft profitieren am Ende auch die Armen. Eine steigende Flut hebt alle Boote. Wer die Welt so sieht, für den ist Gleichheit – wenn überhaupt – nur noch im Sinne einer Chancengleichheit Ziel der Wirtschaftspolitik. ©

Auf derlei Lehren beriefen sich Ronald Reagan und Margaret Thatcher, als sie sich daranmachten, den Staat zurückzudrängen und die Gewerkschaften zu zerschlagen. Kaum war das erledigt, schnellte auch die Ungleichheit nach oben. Denn der Markt selbst sorgt nicht für Gleichheit: Er belohnt die Vermögenden, die Zinsen auf ihr Kapital erhalten. Er beschert all jenen Spitzenverdienste, die über besondere Fähigkeiten verfügen oder schlicht das Glück haben, in einer Boombranche zu arbeiten. Er bestraft alle anderen, die weniger leistungsfähig sind oder den falschen Beruf gelernt haben.

Allerdings ist die Weltwirtschaft nach der Reagan-Thatcher-Rosskur nicht schneller gewachsen als vor den Radikalreformen. Und gerade einige der reichsten Länder – die Staaten Skandinaviens – haben immer noch extrem hohe Steuern und ein dichtes soziales Netz.

Wie ist das zu erklären? Manche argumentieren: Die Menschen strengten sich nicht allein des Geldes wegen an, sondern aus Interesse an der Sache oder weil sie die Anerkennung suchten. Der wahre Schlüssel zum Wohlstand seien der Zugang zu einer guten Ausbildung, soziale Stabilität und die Qualität der Infrastruktur – viel wichtiger als der Anreiz, der sich aus großen Einkommensunterschieden ergebe.

Vielfach hört man allerdings das Argument, dass der technische Fortschritt und die Globalisierung auf Dauer immer mehr Ungleichheit schufen. Dieser Zusammenhang ist aber längst nicht so eindeutig wie früher vermutet. Gerade in Hightech-Ländern mit offenen Grenzen wie Finnland oder Schweden ist die Ungleichheit niedrig. Der Einsatz von Maschinen oder der grenzüberschreitende Austausch von Waren und Dienstleistungen vernichtet zwar Arbeitsplätze, dafür entstehen aber erfahrungsgemäß an anderer Stelle Jobs. Und im Prinzip kann der Staat stets dafür sorgen, dass nicht nur einige, sondern alle reicher werden.

Es gibt sogar Ökonomen, die argumentieren: Eine zu hohe Konzentration des Reichtums in wenigen Händen könne schädlich für das Wachstum sein. Je höher das Gehalt, sagen sie, desto mehr würde gespart und desto geringer sei die Nachfrage nach Konsumartikeln. Die "stärkere Spreizung der Einkommen", merkte die Bundesbank unlängst an, sei ein Grund für den jahrelangen Konsumverzicht in Deutschland.

Die Amerikaner haben versucht, den Konsum trotz niedriger Löhne aufrechtzuerhalten – die Bürger shoppten eben auf Kredit. Gut gegangen ist das nicht. Für den Nobelpreisträger Joseph Stiglitz ist die ungleiche Einkommensverteilung in den USA sogar eine der wichtigsten Ursachen für die globale Finanzkrise: Denn die begann, als viele US-Bürger erst ihre Immobilien beliehen, um weiter einkaufen zu können, und dann schließlich ihre Immobilienkredite nicht mehr bedienen konnten.

So fragen sich heute Wissenschaftler, ob der Großangriff auf den Sozialstaat aus ökonomischen Gründen wirklich notwendig war – und ob nicht stattdessen eine Korrektur der schlimmsten Exzesse der späten siebziger Jahre ausgereicht hätte. Ob gleich oder ungleich, der Kapitalismus kann offenbar mit beidem.

Die Frage der optimalen Verteilung ist deshalb keine an den Kapitalismus – sondern eine an die Politik. Emmanuel Saez, Wirtschaftswissenschaftler an der Universität von Kalifornien, sieht es so: »Wir müssen uns als Gesellschaft entscheiden, ob wir die Zunahme der Ungleichheit akzeptabel finden – und wenn nicht, welche institutionellen Reformen nötig sind, um ihr zu begegnen.«